

# Oberaufseher schmeisst den Bettel hin

**Rücktritt aus der GPK** Neun Jahre lang hat Landrat Hanspeter Weibel (SVP) als Präsident der Geschäftsprüfungskommission die Untersuchungen geprägt. Nun zieht er sich aus der GPK zurück.

Daniel Wahl

Noch nie innerhalb von neun Jahren ist ein Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) unter dem Präsidium des SVP-Baselland-Haudegens Hanspeter Weibel so handzahn und unverbindlich ausgefallen wie der jüngste vom 14. September 2020. Ein typisches Beispiel dafür ist ein Satz über den Umgang des obersten Aufsichtsorgans mit dem Fall «Märkli» – der «Spielgeldaffäre», wie er im GPK-Bericht genannt wird.

Eine Minderheit der Kommission hätte sich gern mit dem Umgang der Polizei mit Jugendlichen und der eher peinlichen Kommunikationsleistung von Regierungsrätin Kathrin Schweizer (SP) in diesem Zusammenhang befasst. Aber die GPK schreibt, mehr Fragezeichen als Antworten zurücklassend: «Die GPK gelangte zum Schluss, dass innerhalb des Berichtszeitraumes nicht der richtige Zeitpunkt sei, um in dieser Angelegenheit tätig zu werden.» Der Satz verkörpert das Gegenteil dessen, was Weibel im vergangenen Jahrzehnt als GPK-Präsident charakterisiert hat: ein Wille, Missstände aufzudecken, um es besser machen zu lassen. Jetzt sagt Weibel: «Für mich ist es Zeit, zu gehen.»

## Undichte Stellen

Der Baselbieter GPK-Präsident aus Bottmingen beneidet seinen GPK-Kollegen Christian von Wartburg (SP) in Basel-Stadt, wie er kürzlich einräumte. Dort konnte das dreizehnköpfige Gremium ohne Rücksicht auf die Parteifarbe nahezu geschlossen die das Gesetz brechende Arbeitsweise von Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann kritisieren. Das sei im Baselbiet nicht mehr möglich. Entlang der Parteilinie wird derzeit um jedes Wort in einem GPK-Bericht gerungen. Zeitweise verlangen Gesinnungsgenossen an den Kommissionsitzungen Time-outs, um sich absprechen zu können. «Es scheint, dass das oberste Interesse im Kanton derzeit darin besteht, dass Ruhe herrscht und nichts aufgedeckt wird», sagt Weibel.

Womöglich haben undichte Stellen in der GPK diesen Wunsch



Debattierlustig und immer wieder bissig: Hanspeter Weibel. Foto: Dominik Plüss

nach Ruhe auch provoziert. In den letzten Jahren sind immer wieder Kommissionsgeheimnisse an die Öffentlichkeit gedrungen. Weibel reichte Strafanzeige gegen unbekannt ein. Er selber wird zeitweilen als Urheber beschuldigt. Wobei die Enthüllungen der GPK auch immer brisanter geworden sind und die Diskussion um die Berichte immer bissiger wurden.

Wie ein Spürhund zog Weibel von der Leine, wenn er Witterung aufgenommen hatte. Es fing an im Jagdrevier des verstorbenen Regierungsrats Peter Zwick und seines damaligen Leiters des Veterinäramts, Ignaz Bloch, wegen seiner umstrittenen Entscheide bei Jagdvergehen. In Zwicks damaliger Sanitätsdirektion ortete er bald auch «schwerwiegende Schwachstellen in der Organisation der Gesundheitsdirektion». Es löste unter Zwicks Nachfolger,

Regierungsrat Thomas Weber, umgehend eine Reorganisation der Direktion aus. Aber Weibel konnte sich auch Seitenhiebe gegen den eigenen SVP-Regierungsrat Thomas Weber nicht verkneifen: «Die Regierung wollte es uns einfach machen, wir konnten unsere Empfehlungen im Bericht vom Vorjahr in den aktuellen kopieren», kommentierte er. Dies, weil die Regierung die GPK-Empfehlungen nicht umgesetzt hatte.

## Finanzielle Unabhängigkeit

Aufgedeckt wurden in seiner Ära die Nichteinhaltung von Gesetzen im Beschaffungswesen und das fehlende Controlling bei Beraterhonoraren sowie Kompetenzüberschreitungen von Verwaltungsangestellten, was zu neuen Compliance-Bestimmungen im Baselbiet führte. Das Gremium kritisierte die Gerichte und die Staatsanwaltschaft im Um-

gang mit Kriminaltouristen. Auch wenn sich die betroffenen Institutionen mit Händen und Füssen gegen GPK-Anwürfe gewehrt haben und der scharfe Bericht im Landrat zum milden Gericht wurde, geändert hat sich dann trotzdem etwas: Es hat die Sinne der Justiz geschärft und die Polizei einsatzfähiger gemacht. Letztlich sind die Einbruchszahlen im Baselbiet massiv gesunken.

Dass es von Vorteil ist, beruflich und finanziell unabhängig zu sein, hat Weibel früh zu spüren bekommen. In einer Bottminger Gemeindeversammlung versprach er, das Referendum gegen eine Tempo-30-Zone einzureichen. Tage später meldete sich ein Geschäftsmann, um mit ihm in der Dorfbäckerei Streuli einen Café zu trinken. Weibel, der annahm, einen neuen Verbündeten zu treffen, musste beim Gipfel erfahren, dass er besser täte,

das Referendum fallen zu lassen. Ansonsten werde man seinen damaligen Chef und Vorgesetzten kontaktieren, was nicht karriereförderlich sei und er bereuen würde. Weibel ergriff das Referendum nicht. Aber er machte sich daraufhin beruflich unabhängig, damit unantastbarer und sicher auch unbequemer. Er stieg aktiv in die Politik ein: vierzehn Jahre GPK Bottmingen, zehn Jahre Landrat und neun Jahre GPK-Präsident.

## Persönliche Angriffe

Mutmasslich hat im Juli ein Artikel in der «Basellandschaftlichen Zeitung» das Fass zum Überlaufen gebracht. Dort wird «Kommissar Weibel» wegen Strafanzeigen persönlich angegriffen und als gescheiterte Person dargestellt, obwohl die GPK als Gremium von Gesetzes wegen verpflichtet ist, die Staatsanwaltschaft einzuschalten, wenn strafbares Verhalten vermutet wird.

Hintergrund der Strafanzeigen, die in wirkungslosen Einstellungsverfügungen mündeten, ist der mutmassliche Korruptionsskandal in der Baselbieter Fahrzeugaffäre. Erstens seien die intransparenten Autoverkäufe strafrechtlich zu untersuchen, befand die GPK. Zweitens gelangten vertrauliche Informationen aus GPK-Gesprächen an die Baudirektion, die Arbeitgeberin einer Mitarbeitenden. Die Staatsanwaltschaft zeigte sich nicht in der Lage, die dubiosen Fahrzeugverkäufe nachzuvollziehen, und stellte das Verfahren ein. Ferner gewährte die Staatsanwaltschaft der Mitarbeitenden keinen Schutz, weil sie die Namen von Kantonsangestellten, die mit der Aufsichtsbehörde sprechen, nicht für vertraulich hält. Weibel kritisiert: «Ohne Schutz von Vertraulichkeit und Amtsgeheimnis ist wirkungsvolle Oberaufsicht nicht möglich.» Aber ihm wurden nach diesen in Justizkreisen umstrittenen Staatsanwaltschaftsentscheiden vorgeworfen, er habe persönlich einen Rohrkrepierer fabriziert.

Weibel hat genug. Mit einem Nachrückenden ist die SVP im Gespräch. Einen Namen gibt Weibel nicht bekannt: «Die Fraktion hat in der Personalie noch nicht entschieden.»

Da war mal was

## Der Doppelgänger vom Val Veddasca

Jeder Mensch auf dieser Welt habe irgendwo einen Doppelgänger, lautet eine gängige Volksmeinung. Obs stimmt, weiss ich nicht. Dass sich Menschen aber, auch wenn sie keinerlei Verbindungen miteinander aufweisen, zum Verwechseln ähnlich sein können, habe ich immer wieder erlebt.

Zum letzten Mal in meinem Feriendomizil im Val Veddasca. Dort lebt Luigi B., Waldbauer und Holzhacker, ein Bär von einem Mann mit Rauschebart und langen Haaren und den gütigsten Augen, die man sich vorstellen kann.

Wer Luigi begegnet, glaubt, den italienischen Schriftsteller und Journalisten Tiziano Terzani vor sich zu haben. Das ist jedoch allein schon deshalb nicht möglich, weil Terzani 2004 im Alter von knapp 66 Jahren verstorben ist.

Der Florentiner mit dem unverkennbaren Charakterkopf war viele Jahre Asien-Korrespondent des deutschen Nachrichtenmagazins «Der Spiegel». Und er war eine so unerschrockene wie unbestechliche Figur – gegenüber dem kommunistischen China ebenso kritisch eingestellt wie gegenüber dem kapitalistischen Japan. Als er 2004 einem Krebsleiden erlag, hinterliess er – was heutzutage selten vorkommt – ein ebenso grosses journalistisches wie literarisches Werk.

Doch zurück ins Val Veddasca und zu Luigi B. Er ist nebst allen äusserlichen Ähnlichkeiten ebenso unerschrocken und unbestechlich wie sein Doppelgänger Tiziano. Ein Mann des Wortes ist er allerdings nicht. Luigi sagt nicht viel, trinkt wortkarg seinen Rotwein, ohne dabei unfreundlich zu wirken.

Wenn ihm aber in einer Bar oder einem der «Circoli» genannten kleinen Restaurants im Val Veddasca zu viel geredet wird, kann ihm schon mal eine Bemerkung entfahren wie «tante parole per niente», oder er verlässt vorübergehend den Raum, um seinen Roten in Ruhe «fuori» zu geniessen.

Und wie seinerzeit Tiziano Terzani lässt sich auch Luigi B. von niemandem etwas vorschreiben. So habe er sich, wie man im Veddasca erzählt, vor einiger Zeit in Spitalpflege begeben müssen. Spitalleben und ärztliche Anordnungen aber waren nichts für ihn. Weisse Kittel und Luigi passten nicht zusammen. Und so verliess der unerschrockene Bergler eben auf eigene Faust das Provinzspital wieder. Man kann sich gut vorstellen, dass er auch dabei nicht viele Worte verloren hat.

Bisher schien die Flucht aus dem Provinzspital auch folgenlos geblieben zu sein. Luigi B. trank jedenfalls auch diesen Herbst wieder seinen Roten im Circolo.



Thomas Gubler

## Der Schulcampus gerät unter Beschuss

**Einwohnerrat Binningen** SVP und FDP kritisieren im Parlament den 51-Millionen-Bau. Jetzt wird geprüft, ob das Projekt abgespeckt werden könnte.

Gleich zu Beginn der Einwohneratssitzung vom Montagabend erlebte die SVP Binningen eine krachende Niederlage. Ihr Antrag, den Baukredit von 51,2 Millionen Franken für die Erweiterung «Schulcampus Dorf» an den Gemeinderat zurückzuweisen, wurde mit 27 zu 6 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ausserhalb der SVP stimmte niemand für Rückweisung, die zwei Enthaltungen kamen von der FDP. Stephan Siegel (SVP) bezeichnete das geplante neue Schulhaus als «Luxusprojekt». Zu Beginn der Planung habe der Gemeinderat von 30 Millionen gesprochen. Die SVP habe prophe-

zeit, die Kosten würden auf 50 Millionen steigen, sagte Siegel. Anders als angekündigt, genügen die bestehenden Vorfinanzierungen für das Projekt nicht.

Die SVP wolle weder einen Schuldenberg hinterlassen noch eine Steuererhöhung akzeptieren, betonte Siegel und verlangte, das Projekt abzuspicken und auf ein Kostendach von 40 Millionen zu reduzieren. «Der Schulhausneubau ist nötig und soll zeitnah realisiert werden», betonte Christoph Daniel Maier (FDP). Jedoch solle das neue Schulhaus mit vielen Teilprojekten erweitert werden. Ob es nötig sei, den Dorfplatz umzugestalten und dort

Bäume zu pflanzen, fragte Maier. Auch die geplante neue Einstellhalle für 4 Millionen Franken stellte er infrage.

## «Nicht alles schwarzmalen»

In den nächsten Jahren müsse die Gemeinde insgesamt 180 Millionen investieren. Deshalb seien die finanziellen Auswirkungen des Schulcampus aufzuzeigen und eine Etappierung der Teilprojekte zu prüfen, verlangte Maier.

«Man darf nicht alles schwarzmalen», meinte Thomas Hafner von der Fraktion CVP/GLP. Es liege ein beeindruckendes Gesamtprojekt vor, das man nicht in Einzelteile zerstückeln sollte.

«Binningen kann sich das leisten.» Die Gemeinde habe tatsächlich viele Investitionen vor, aber der neue Schulcampus sei nun einmal die wichtigste.

Die Teilprojekte seien voneinander abhängig, ergänzte Karin Müller Bürgler (SP). Alles gleichzeitig zu realisieren, sei günstiger. Die SP befürworte die Umgestaltung des Dorfplatzes. «Die heutige Steinwüste ist nicht attraktiv.» Müller Bürgler erinnerte daran, dass für das Projekt bereits 35 Millionen vorfinanziert sind, zudem stünden der Gemeinde 79 Millionen flüssige Mittel zur Verfügung. «Wir haben Gefallen gefunden am Projekt», sagte Thomas

Schwarb (Grüne). Ob die Zivilschutzanlage und die Einstellhallenplätze nötig seien, könne die Bau- und Raumplanungskommission (BPK) abklären. Einstimmig beschloss der Rat denn auch die Überweisung an die BPK. Dort wird auch das Anliegen der SVP diskutiert, das Projekt auf 40 Millionen abzuspecken.

«Nach Ansicht des Gemeinderats ist das Projekt finanziell tragbar», unterstrich Gemeinderätin Rahel Bänziger (Grüne). Verzögerungen müssten vermieden werden, damit das Schulhaus 2024 in Betrieb gehen könne.

Rolf Zenklusen